

Wir drucken eine kommentierte Fassung der Regierungserklärung zum NATO-Gipfel in Warschau ab, die Bundeskanzlerin Angela Merkel am 07.07.16 im Deutschen Bundestag verlesen hat.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 097/16 – 25.07.16

Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum NATO-Gipfel am 8./9. Juli 2016 in Warschau vor dem Deutschen Bundestag am 7. Juli 2016 in Berlin

(<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2016/07/84-1-bk-regerkl-bt.html>)
**mit eingeschobenen Vertragstexten in schwarzer und LUFTPOST-Kommentaren in
friedensblauer Schrägschrift**

Herr Präsident!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Meine Damen und Herren!

Wir Deutschen haben der europäischen Nachkriegsordnung ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand zu verdanken. Diese Ordnung gründete sich auf die Geltung des Völkerrechts, den Respekt der territorialen Integrität, die Achtung der Souveränität der Staaten und das Recht der freien Bündniswahl. Diese Prinzipien sind allen deutschen Regierungen stets zentrales Anliegen ihres Handelns gewesen. Sie finden ihren Ausdruck nicht zuletzt in der Charta von Paris für ein neues Europa. In diesem Abschlussdokument des KSZE-Gipfels vom November 1990 bekennen sich die 35 Unterzeichnerstaaten einschließlich der damaligen Sowjetunion zum – ich zitiere – „Recht der Staaten, ihre sicherheitspolitischen Dispositionen frei zu treffen“.

Deutsche Regierungen unter Schröder und Merkel haben zugelassen, dass die US-Streitkräfte von deutschem Boden aus völkerrechts- und verfassungswidrige Angriffskriege führen, und die Bundeswehr daran teilnehmen lassen. Dabei wurde sowohl die territoriale Integrität (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Auslandseins%C3%A4tze_der_Bundeswehr) als auch die Souveränität (s. <http://www.sueddeutsche.de/politik/incirlik-was-die-bundeswehr-tornados-in-syrien-und-im-irak-machen-1.2828767>) anderer Staaten verletzt.

Das Zitat aus dem Abschnitt "Sicherheit" der CHARTA VON PARIS (s. <https://www.-bundestag.de/blob/189558/21543d1184c1f627412a3426e86a97cd/charta-data.pdf>) lautet vollständig: "Die beispiellose Reduzierung der Streitkräfte durch den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa wird – gemeinsam mit neuen Ansätzen für Sicherheit und Zusammenarbeit innerhalb des KSZE-Prozesses – unser Verständnis von Sicherheit in Europa verändern und unseren Beziehungen eine neue Dimension verleihen. In diesem Zusammenhang bekennen wir uns zum Recht der Staaten, ihre sicherheitspolitischen Dispositionen frei zu treffen." Das ist ganz sicher nicht so zu verstehen, dass alle europäischen Staaten – außer Russland – in die NATO eintreten sollen.

Seitdem können auch die Völker Osteuropas an dem teilhaben, was für die Mitgliedstaaten der Nordatlantischen Allianz von Beginn an zum konstitutiven Kanon des Bündnisses gehörte. Hierzu gehört ausdrücklich auch die Freiheit der Bündniswahl. Auf dieser Grundlage hatten sich im Jahr 1949 die ersten zwölf Staaten zusammengeschlossen, um einander Beistand zu versichern. Und mehr noch: Im Wunsch nach Frieden, Freiheit und

Sicherheit verpflichteten sich diese Staaten, internationale Streitigkeiten friedlich beizulegen.

Ein bisher nicht der NATO angehörender Staat kann nicht aus eigenem Antrieb in dieses Bündnis eintreten. In Artikel 10 des Nordatlantikvertrages vom 4. April 1949 (s. [http://www-staatsvertraege.de/natov49.htm](http://www.staatsvertraege.de/natov49.htm)) heißt es dazu: "Die vertragschließenden Staaten können auf Grund eines einstimmig getroffenen Übereinkommens jeden anderen europäischen Staat, der in der Lage ist, die Grundsätze dieses Vertrages zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebietes beizutragen, zum Beitritt zu diesem Verträge einladen. Jeder auf diese Weise eingeladene Staat kann durch Niederlegung seiner Beitrittserklärung bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ein Partner dieses Vertrages werden. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wird jedem der vertragschließenden Staaten die Niederlegung einer solcher Beitrittserklärung mitteilen."

Außerdem darf kein der NATO angehörender Staat ohne Weiteres einem anderen Bündnis beitreten. Dazu ist in Artikel 8 des NATO-Vertrages festgelegt: "Jeder vertragschließende Staat erklärt hiermit, daß keine von den internationalen Verbindlichkeiten, die zur Zeit zwischen ihm und einem anderen Vertragsstaat oder irgendeinem dritten Staat in Kraft sind, in Widerspruch zu den Bestimmungen dieses Vertrages steht, und verpflichtet sich, auch in Zukunft in keine internationale Verbindlichkeit einzutreten, die im Widerspruch zu dem Vertrag steht."

Das von Frau Merkel erfundene "Recht der freien Bündniswahl", unter dem sie natürlich nur die Fortsetzung der NATO-Osterweiterung versteht, existiert also noch nicht einmal auf dem Papier.

Jeder der heute 28 Mitgliedstaaten konnte souverän und frei über seine Mitgliedschaft entscheiden und sich zu denselben Zielen und Werten unserer Gemeinschaft bekennen. Dies galt 1999 auch für die Aufnahme der Tschechischen Republik, Polens und Ungarns ebenso wie im Jahr 2004 für die Aufnahme Bulgariens, der drei baltischen Staaten, Rumäniens, der Slowakei und Sloweniens wie auch im Jahr 2009 für die jüngsten Aufnahmen, nämlich Albanien und Kroatiens. Dieser Prozess der Einladung der Nordatlantischen Allianz an alle transatlantischen Partner, in freier Willensentscheidung Teil dieser Gemeinschaft zu werden, ist nicht beendet. Wir schlagen die Tür nicht zu. Ich freue mich deshalb, dass Montenegro bereits sehr bald dieser Gemeinschaft angehören wird.

Die nach 1999 neu in die NATO aufgenommenen Mitglieder konnten erst nach einer einstimmig beschlossenen Einladung aller bereits in der NATO befindlichen Staaten einen Aufnahmeantrag stellen. Wenn die Bundesregierung der Einladung neuer osteuropäischer Mitglieder nicht zugestimmt hätte, wozu sie nach Abschluss des Zwei+Vier-Vertrages (s. <http://www.documentarchiv.de/brd/2p4.html>) eigentlich moralisch verpflichtet gewesen wäre, hätte es keine Osterweiterung der NATO gegeben. Der Artikel 2 dieses Vertrages lautet nämlich: "Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen." Weil Frau Merkel immer alles abnickt, was US-Regierungen wollen, wird sie vermutlich auch der von Washington gewünschten Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die NATO zustimmen.

Wenn die Staats- und Regierungschefs der Allianz morgen in Warschau zusammenkommen, dann wird das in einer Phase sein, in der sich die Sicherheitslage in und um Europa signifikant verändert hat. Im Osten hat Russlands Agieren in der Ukraine-Krise unsere östlichen Alliierten zutiefst verstört. Wenn die Geltung des Rechts und die Unverletzlichkeit von Grenzen durch Worte und Taten infrage gestellt werden, dann geht natürlich Vertrauen verloren. Das hat gerade unsere Bündnispartner im Osten tief verunsichert. Sie bedürfen daher der eindeutigen Rückversicherung durch die Allianz.

Ohne mit der Wimper zu zucken, tauscht die Physikerin Merkel im Ukraine-Konflikt Ursache und Wirkung einfach aus; sie geht natürlich auch geflissentlich darüber hinweg, wie das von Russland in den Westen gesetzte Vertrauen durch die fortschreitende NATO-Osterweiterung zerschlagen wurde.

Aber auch südlich des Bündnisgebietes müssen wir eine dramatische Verschlechterung der Sicherheitslage feststellen. Der Bürgerkrieg in Syrien, der Zerfall staatlicher Ordnung im Irak und in Libyen haben die Ausbreitung terroristischer Gruppierungen befördert. Hinzu kommt, dass kriminelle Schleuserbanden versuchen, aus dem Leid so vieler Flüchtlinge und Vertriebener Kapital zu schlagen.

Das Chaos in Syrien, im Irak und in Libyen und das Leid der daraus Fliehenden ist aus Frau Merkels Sicht nicht etwa den USA, anderen NATO-Partnern und ihren Komplizen anzulasten, sondern irgendwelchen "terroristischer Gruppierungen", die vom Himmel gefallen zu sein scheinen.

Mit den "kriminellen Schleuserbanden" will sie nur davon ablenken, dass sie und die anderen Verursacher des Flüchtlingseleuds die Hauptschuld dafür tragen, dass tausende aus ihren Heimatländern Vertriebene im Mittelmeer ertrinken oder in menschenunwürdigen Lagern verkommen.

Das alles ist ein ganzes Bündel von Herausforderungen. Deshalb hat die Allianz bereits auf ihrem Gipfel in Wales im September 2014 erste Maßnahmen beschlossen, mit denen die Verteidigungs- und Reaktionsfähigkeit des Bündnisses gesteigert werden sollen. Die Summe dieser Maßnahmen – zusammengefasst unter der Überschrift „Readiness Action Plan“ – wird die Allianz schneller, reaktionsfähiger und einsatzbereiter machen, und zwar für Herausforderungen in jeder Richtung und jeder Art, das heißt in einem sogenannten 360-Grad-Ansatz.

Artikel 1 des NATO-Vertrages lautet: "Die vertragschließenden Staaten verpflichten sich, gemäß den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sein mögen, durch friedliche Mittel in der Weise zu regeln, daß Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit unter den Völkern nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeglicher Drohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die in irgendeiner Weise mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar ist." Und Artikel 3 legt fest: "Um die Ziele dieses Vertrages nachhaltiger zu verwirklichen, werden die vertragschließenden Staaten einzeln und gemeinsam durch ständige, wirksame Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung die Kraft des einzelnen Staates und der Gesamtheit der Staaten, einem bewaffneten Angriff Widerstand zu leisten, aufrechterhalten und entwickeln."

Wäre die NATO wirklich ein reines Verteidigungsbündnis, könnte sie sich auf die "Rundumverteidigung" ihres Vertragsgebietes beschränken und müsste nur im Falle eines bewaffneten Angriffs eines oder mehrerer Staaten aktiv werden. Der "so genannte 360-Grad Ansatz" soll sich aber gegen "Herausforderungen jeder Art" richten, also keineswegs nur

defensive, sondern auch offensive Operationen ermöglichen, die dann natürlich wieder zu "humanitären Aktionen" erklärt werden.

Insbesondere die neuen, sehr schnell in das gesamte Bündnisgebiet verlegbaren NATO-Eingreifkräfte, die sogenannte Very High Readiness Joint Task Force, und der Aufbau von Aufnahmestäben bei unseren östlichen NATO-Partnern sind Ausdruck unserer gelebten Bündnissolidarität. Sie sind nur zwei Beispiele dieses Maßnahmenpakets.

Deutschland trägt zu diesen Maßnahmen substanziell bei. Ich bin unserem Außenminister und unserer Verteidigungsministerin wie auch der Bundeswehr für diesen Beitrag sehr dankbar. Damit machen wir deutlich, dass für uns die Grundprinzipien der europäischen Sicherheitsarchitektur auch in der Zeit neuer Herausforderungen unverändert gelten. Die Bündnissolidarität aus Artikel fünf des NATO-Vertrages ist zentraler Pfeiler dieser Architektur. Diese Solidarität muss und wird auch in Zukunft sichtbar und glaubwürdig sein.

Der Artikel 5 des NATO-Vertrages sieht vor: "Die vertragschließenden Staaten sind darüber einig, daß ein bewaffneter Angriff gegen einen oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle betrachtet werden wird, und infolgedessen kommen sie überein, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jeder von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen anerkannten Rechts zur persönlichen oder gemeinsamen Selbstverteidigung den Vertragsstaat oder die Vertragsstaaten, die angegriffen werden, unterstützen wird, indem jeder von ihnen für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Vertragsstaaten diejenigen Maßnahmen unter Ein-schluß der Verwendung bewaffneter Kräfte ergreift, die er für notwendig erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten.

Jeder derartige bewaffnete Angriff und alle als dessen Ergebnis ergriffenen Maßnahmen sollen dem Sicherheitsrat unverzüglich gemeldet werden. Diese Maßnahmen sind zu beenden, sobald der Sicherheitsrat die zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des Völkerfriedens und der internationalen Sicherheit notwendigen Maßnahmen getroffen hat."

Wer sollte die NATO angreifen – das mächtigste Militärbündnis der Welt, dem mit den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland gleich 4 der 10 Staaten mit den höchsten Militärausgaben der Welt angehören, die zusammen jährlich fast 742 Milliarden Dollar für Rüstungsprojekte verschwenden?

Glautt irgendjemand, Russland, dessen Militärausgaben nur 66,4 Milliarden Dollar, also noch nicht einmal ein Zehntel der oben addierten Summe betragen, könnte bei diesem Missverhältnis auf die hirnerbrannte Idee kommen, sich ohne Not mit der NATO anzulegen?

Nach den Verwüstungen, die von den Armeen Napoleons und Hitlers ange-richtet wurden, und den vielen Millionen Toten, die sie hinterließen, hat Russland aller-dings gute Gründe, sich auf die Abwehr des dritten Überfalls einzustellen, den die USA und die NATO gerade vorbereiten.

Die zehn Staaten mit den höchsten Militärausgaben 2015

in Mrd. US-Dollar und in Prozent des BIP

| | | | |
|----|----------------|-------|-------|
| 1 | USA | 596,0 | 3,3% |
| 2 | China | 215,0 | 1,9% |
| 3 | Saudi-Arabien | 87,2 | 13,7% |
| 4 | Russland | 66,4 | 5,4% |
| 5 | Großbritannien | 55,5 | 2,0% |
| 6 | Indien | 51,3 | 2,5% |
| 7 | Frankreich | 50,9 | 2,3% |
| 8 | Japan | 40,9 | 1,0% |
| 9 | Deutschland | 39,4 | 1,2% |
| 10 | Südkorea | 36,4 | 2,6% |

WELT

Quelle: Sipri, Stand 5.4.2016

Entnommen aus

<http://www.welt.de/politik/ausland/article153997525/Darum-steht-Asien-Ozeanien-unter-Aufrüstungsdruck.html>

Auf dem morgen beginnenden NATO-Gipfel in Warschau werden wir daher die ersten in Wales beschlossenen Anpassungsmaßnahmen des Bündnisses ergänzen. Es werden Elemente hinzukommen, mit denen die Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses verstetigt und dauerhaft gesichert wird. Im Kern geht es darum, eine stärkere Präsenz der NATO in den baltischen Staaten und in Polen zu ermöglichen, also – wie es in der NATO-Sprache heißt – die sogenannte enhanced forward presence. Sie ist wichtig, weil wir im Bündnis festgestellt haben, dass es nicht allein ausreicht, Truppen schnell verlegen zu können, sondern dass es auch darum geht, bereits ausreichend vor Ort präsent zu sein.

Deshalb sehen die Planungen eine multilateral zusammengesetzte Präsenz vor. Dabei wird für jedes der drei baltischen Länder und für Polen jeweils ein Alliiertes die Führung übernehmen, um die Präsenz der NATO dort sicherzustellen. Dieser Ansatz schließt die Reaktion auf sogenannte hybride Bedrohungen ausdrücklich mit ein, also auch Szenarien ähnlich denen, die Russland in der Ukraine eingesetzt hat und bei denen die klassischen Grenzen zwischen Krieg und Frieden bewusst verwischt werden.

Aus diesem Grund werden wir auf dem Gipfel auch Beschlüsse zur Cyberdimension fassen. Dazu werden wir uns politisch verpflichten, die nationalen Cyberabwehrfähigkeiten zu stärken und Cyber zusätzlich zu Land, Luft und See sowie Weltraum als weitere sogenannte operative Domäne zu definieren. Die Bundesverteidigungsministerin hat ja in der Organisationsstruktur der Bundeswehr bereits entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

Frau Merkel hat den folgenden Diensteid geleistet: "Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe."(s. <http://grundrechteforum.de/954>)

Mit einem Unternehmen unter falscher Flagge wie dem von der SS inszenierten "polnischen Überfall auf den Sender Gleiwitz" (weitere Infos dazu s. unter https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%9Cberfall_auf_den_Sender_Gleiwitz) oder einem arrangierten "Grenz-zwischenfall" lässt sich leicht ein schnell eskalierender Konflikt mit Russland provozieren.

Wenn sich Frau Merkel von der US-Regierung in einen NATO-Krieg gegen Russland treiben lässt, bricht sie nicht nur jedes einzelne Versprechen ihres Eides, sie führt uns auch alle in den Untergang, denn einen Atomkrieg in Europa wird in der mit Waffen- und Munitionsdepots und Kommandozentralen der USA und der NATO vollgestopften Bundesrepublik niemand überleben.

Bei unserem Engagement leiten uns zwei zentrale Gedanken, zum einen Artikel fünf des NATO-Vertrags, in dem es heißt:

„Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen einen oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird.“

Das Verständnis der Abschreckung soll von einem solchen Angriff abhalten, es soll eine bewusste Auseinandersetzung vermeiden helfen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Und das ist ein zutiefst defensives Konzept.

Zum anderen orientieren wir uns an der NATO-Russland-Grundakte, in der wir uns 1997 zusammen mit Russland auf die Grundlagen unserer Zusammenarbeit verständigt haben. Damals haben wir nicht nur unsere Unterstützung für die Charta von Paris ausdrücklich erneuert, sondern uns auch zu der Absicht bekannt – ich zitiere – „... auf der Grundlage ge-

meinsamen Interesses, der Gegenseitigkeit und der Transparenz eine starke, stabile und dauerhafte Partnerschaft zu entwickeln.“

Das ist Teil der NATO-Russland-Grundakte.

Wir werden weiter dafür werben, die NATO-Russland-Grundakte als Basis für das Verhältnis der NATO zu Russland zu erhalten. Denn auch wenn Russland die Bestimmungen dieses Dokuments durch sein Vorgehen gegen die Ukraine verletzt, so sind in diesem Dokument doch unsere Werte und Prinzipien verankert, an denen wir unser Handeln weiter ausrichten werden.

Das heißt also: Abschreckung und Dialog, das klare Bekenntnis zur Solidarität mit unseren Bündnispartnern gemäß Artikel fünf des NATO-Vertrages und die ausgestreckte Hand zum Dialog sind keine Gegensätze. Nein, das gehört untrennbar zusammen.

In der Grundakte über Gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation (s. http://www.nato.diplo.de/contentblob/1940894/Daten/189459/1997_05_Paris_DownIDat.pdf) die am 27. Mai 1997 in Paris unterzeichnet wurde, heißt es schon im zweiten Abschnitt: "Die NATO und Russland betrachten einander nicht als Gegner. Sie verfolgen gemeinsam das Ziel, die Spuren der früheren Konfrontation und Konkurrenz zu beseitigen und das gegenseitige Vertrauen und die Zusammenarbeit zu stärken. Diese Akte bekräftigt die Entschlossenheit der NATO und Russlands, ihrer gemeinsamen Verpflichtung zum Bau eines stabilen, friedlichen und ungeteilten, geeinten und freien Europas zum Nutzen aller seiner Völker konkreten Ausdruck zu verleihen. Die Übernahme dieser Verpflichtung auf höchster politischer Ebene stellt den Beginn grundlegend neuer Beziehungen zwischen der NATO und Russland dar. Beide Seiten beabsichtigen, auf der Grundlage gemeinsamen Interesses, der Gegenseitigkeit und der Transparenz eine starke, stabile und dauerhafte Partnerschaft zu entwickeln."

In dieser Grundakte ist nur von "grundlegend neuen Beziehungen, Transparenz und einer stabilen und dauerhaften Partnerschaft" die Rede. Außerdem wollten sich die NATO und Russland künftig nicht mehr als "Gegner" betrachten. Der vorherige NATO-Oberkommandierende und US-General Breedlove hat Russland wieder zum Gegner erklärt (s. http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP02916_280216.pdf), und sein Nachfolger, der US-General Scaparrotti, will der Ukraine Waffen liefern (s. http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP07016_060616.pdf).

In der NATO, die mit der Aufnahme der baltischen Staaten die ehemalige Grenze der Sowjetunion bereits überschritten hat, laufen bereits Planungen, mit der Ukraine und Georgien zwei weitere ehemalige Sowjetrepubliken aufzunehmen. Ständig finden in der Nähe Russlands Manöver zur Lande, zu Wasser und in der Luft statt (s. http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP02616_230216.pdf), und jetzt sollen auch noch Depots für schwere Waffen und Munition in Estland, Lettland, Litauen, Polen Rumänien und Bulgarien angelegt und vier multinationale Bataillone mit jeweils 1.000 Soldaten dort "rotierend" stationiert werden. Wo bleibt nach so viel "Abschreckung" noch Raum für den "Dialog"?

Darüber herrscht bei unseren Partnern im Bündnis auch Einvernehmen. Wir sind uns außerdem einig, dass dauerhafte Sicherheit in Europa nur mit und nicht gegen Russland zu erreichen ist. Zentraler Ort für den Dialog der NATO mit Russland ist und bleibt der NATO-Russland-Rat. Er wurde 2002 ins Leben gerufen. Zuvor hatten die NATO und Russland im Ständigen Gemeinsamen NATO-Russland-Rat zusammengearbeitet, der auf der Grundlage der 1997 unterzeichneten NATO-Russland-Grundakte gegründet worden war. Im

NATO-Russland-Rat sollen die NATO und Russland zusammenkommen, um sich über gemeinsame Schritte zur Terrorbekämpfung oder zur Bedrohungsanalyse durch ballistische Raketen zu besprechen. Es ist wichtig, dass dieses Gremium genutzt wird. Ich begrüße es sehr, dass dieser Rat kürzlich wieder zu einer Sitzung zusammenkommen konnte, und möchte dem Bundesaußenminister danken, dass er sich dafür sehr stark eingesetzt hat. Es wäre sinnvoll und gut gewesen, wenn Russland das Angebot der NATO zu einer weiteren Sitzung vor dem morgen beginnenden Gipfel angenommen hätte, weil das die Möglichkeit gegeben hätte, die abzusehenden Entscheidungen der Allianz zu erörtern und möglichen Missinterpretationen entgegenzuwirken. Eine solche Sitzung vor dem Gipfel wollte Russland jedoch nicht. Nun kann der NATO-Russland-Rat nach dem Gipfel zusammenkommen. Wir jedenfalls haben großes Interesse daran, weil wir ganz grundsätzlich an einem konstruktiven Verhältnis zwischen der NATO und Russland interessiert sind und weiter nachdrücklich hierfür werben werden.

Auf dem NATO-Gipfel in Wales im September 2014 haben die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten "wegen des Ukraine-Konflikts" die praktische militärische und zivile Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland ausgesetzt. Dieser Beschluss folgte einem Übereinkommen der Außenminister der NATO-Staaten, die bereits am 1. April 2014 beschlossen hatten, die Kooperation im NATO-Russland-Rat auf die Botschafter-Ebene zu beschränken.

Beim jüngsten Treffen des Nato-Russland-Rates, der nach dem NATO-Gipfel in Warschau stattfand, beschrieben beide Seiten die Gesprächsatmosphäre als gut, kamen sich aber nicht näher. Russland forderte von der NATO, auf Truppenverlegungen in östliche Mitgliedsländer zu verzichten, die NATO verlangte von Russland, die Krim zurückzugeben und sich aus der Ostukraine herauszuhalten (s. <http://www.stern.de/politik/ausland/russland-fordert-abzug-von-nato-truppen-aus-grenzgebiet-6949938.html>). Die NATO ist also offensichtlich nicht an einer friedlichen Beilegung des Ukraine-Konflikts interessiert.

Entscheidend für die weitere Zusammenarbeit mit Russland wird natürlich auch die Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk sein. Zurzeit finden intensive Beratungen dazu statt, einschließlich der Vorbereitung der Kommunalwahlen in Donezk und Luhansk. Leider müssen wir jedoch festhalten, dass es bis heute keine belastbare Waffenruhe gibt. Deshalb haben die Bemühungen der OSZE hier absolute Priorität.

Auch Frau Merkel schiebt die Schuld an den andauernden Kämpfen zwischen den Verteidigern der Ostukraine und der immer wieder angreifenden, von faschistische Milizen unterstützten ukrainischen Armee den Russen zu. Warum fordert sie nicht die USA auf, das Training für die Angreifer einzustellen und sie nicht mit Waffen zu beliefern? (s. dazu auch http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP09116_130716.pdf)

Beim NATO-Gipfel wird es im Übrigen auch Treffen der NATO-Georgien-Kommission und der NATO-Ukraine-Kommission geben, letztere zusammen mit dem ukrainischen Präsidenten Poroschenko. Von großer Bedeutung wäre es natürlich auch, wenn der NATO-Russland-Dialog zu einem ehrlichen erneuten Bemühen zwischen den Nuklearmächten USA und Russland führte, ihre Nuklearwaffen weiter zu reduzieren. Präsident Obama hat Russland bei seiner Rede hier in Berlin, am Brandenburger Tor, im Juni 2013 mutige und weitreichende Vorschläge unterbreitet. Es wäre sehr wichtig, wenn dieses Angebot aufgegriffen würde. Damit könnte auch hier der Weg zu echten Fortschritten geöffnet werden: zu einer Welt ohne Nuklearwaffen. Das wäre ein wichtiger Schritt.

Mit der Erwähnung der NATO-Georgien-Kommission und der NATO-Ukraine-Kommission macht Frau Merkel im Bundestag bereits Stimmung für die von der US-Regierung forcierte Aufnahme beider Staaten in die NATO.

Die Bundeskanzlerin könnte selbst einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung der Atomwaffen leisten, wenn sie Einspruch gegen die Modernisierung der US-Atomwaffen auf dem Bundeswehr-Flugplatz Büchel erheben und deren Abzug veranlassen würde, auf den sich die damals von ihr geführte schwarz-gelbe Koalition bereits 2009 verständigt hat.

Eine weitere große strategische Herausforderung für uns alle in Europa und damit auch für die NATO sind natürlich auch die Auswirkungen, die mit dem syrischen Bürgerkrieg, dem Staatenzerfall im Irak und in Libyen und der Ausbreitung der Terrormiliz IS verbunden sind.

Unsere Welt heute ist eine Welt in Unruhe. Der fanatische, islamistische Terrorismus des IS bedroht auch uns in Europa. Vor allem aber bringt er unendliches Leid über die Menschen in der Region. Die jüngsten verheerenden Anschläge in Bagdad und auch der Anschlag in Dhaka zeigen einmal mehr, welche Menschenverachtung diesem Terrorismus innewohnt.

Auch die Terrorakte in Brüssel, in Paris und wiederholt in Istanbul mahnen uns, die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus ebenso entschieden wie klug zu führen. Leider weiß auch unser heutiger Gast auf der Ehrentribüne, der pakistanische Parlamentspräsident, was Terrorismus für Schrecknisse anrichten kann. Das heißt ganz konkret: Es ist eine gewaltige Aufgabe, zu Frieden, Stabilität und Prosperität in den Krisenregionen des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas und Subsahara-Afrikas beizutragen. Es ist eine Aufgabe, zu der auch die NATO ihren Beitrag leisten kann. Aber es ist keine Aufgabe, die von der NATO allein oder die nur mit militärischen Mitteln zu lösen ist.

Der Einsatz der NATO kann immer nur ein Baustein sein. Genau deshalb setzt sich die Bundesregierung dafür ein, die Ursachen von Flucht, Vertreibung, Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit wirksam zu bekämpfen. So unterstützen und stabilisieren wir die Regierung im Irak. Wir fördern die Verhandlungen des UN-Sondergesandten für Syrien, Staffan de Mistura, und des UN-Sondergesandten für Libyen, Martin Kobler. Wir leiten die Arbeitsgruppe, die mit der Stabilisierung in der Anti-IS-Allianz befasst ist, gemeinsam mit den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Darüber hinaus legen wir nicht zuletzt angesichts des enormen Ausmaßes der Flüchtlingstragödie einen Schwerpunkt auf die humanitäre Dimension: bei der Londoner Syrien-Konferenz Anfang Februar als größter Einzelgeber wie auch beim World Humanitarian Summit Ende Mai in Istanbul, bei dem wir uns dafür eingesetzt haben, das humanitäre System neu zu gestalten. Am 20. September werden wir uns in New York auf einem von US-Präsident Obama ausgerichteten Flüchtlingsgipfel erneut dafür einsetzen, die Lage der Flüchtlinge weltweit zu verbessern. Deutschland hat für dieses Treffen die Kogastgeberrolle übernommen.

Die NATO ihrerseits kann einen konkreten Beitrag leisten, indem sie zum Beispiel in der Ägäis hilft, das illegale und menschenverachtende Schleuserwesen einzudämmen. Zusätzlich zum EU-Türkei-Abkommen trägt dieser Einsatz wesentlich dazu bei, dass heute kaum noch Menschen die lebensgefährliche Fahrt über die Ägäis wagen, ihr Leben riskieren und es viel zu oft auch verlieren. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat sich sehr früh dafür eingesetzt, dass die Allianz sich auch auf Herausforderungen wie diese einstellt, um zu helfen, die Krisen in unserer südlichen Nachbarschaft zu überwinden. Wir haben ihn hierbei ausdrücklich unterstützt, weil die Allianz über sehr spezifische Fähigkeiten verfügt, die sie genau dafür einsetzen kann.

Auch hierzu werden wir in Warschau weitere wichtige Entscheidungen treffen:

Erstens. Wir werden uns auf Trainings- und Ausbildungsmaßnahmen der NATO für den Irak verständigen. Dies geht auf eine ausdrückliche Bitte des irakischen Premierministers al-Abadi zurück. Bereits seit einiger Zeit bildet die Allianz in Jordanien irakische Sicherheitskräfte aus, vor allem im Bereich der Kampfmittelräumung. Seit 2014 unterstützt Deutschland bilateral und im Rahmen der Anti-IS-Allianz die Peschmerga im Nordirak mit Waffen und Ausbildung. Ihre Erfolge gegen den IS geben uns in diesem Bemühen auch recht. Die Ausbildungsmaßnahmen der NATO sollen künftig auch im Irak durchgeführt werden, weil irakische Sicherheitskräfte, die gerade auch bei der Stabilisierung der vom IS befreiten Gebiete wichtige Erfolge erzielen, eine Ausbildung und Beratung näher im Lande brauchen.

Zweitens. Die Staats- und Regierungschefs werden in Warschau ihre grundsätzliche Bereitschaft erklären, die Anti-IS-Koalition durch NATO-AWACS zu unterstützen. Durch NATO-AWACS können wir den Einsatz unserer Aufklärungstornados im türkischen Incirlik sinnvoll ergänzen. Während die Tornados die Stellungen und Positionen des IS aufklären, könnten die AWACS sicherstellen, dass der Luftraum ordentlich koordiniert und überwacht ist. Gerade mit Blick auf unsere Tornados liegt der Einsatz der AWACS deshalb auch in unserem eigenen Interesse; denn durch die AWACS-Luftraumaufklärung verfügen dann auch unsere Piloten über ein besseres Luftlagebild und damit über ein Mehr an Sicherheit. Sobald die Details der Einsatzplanung seitens der NATO vorliegen, wird die Bundesregierung den Bundestag hierzu wie geboten natürlich befassen.

Drittens. Wir werden beim Gipfel die seit 2001 bestehende und auf Artikel fünf des NATO-Vertrages beruhende Operation Active Endeavour im Mittelmeer in eine maritime Sicherheitsoperation überführen und so vom Artikel fünf des NATO-Vertrages entkoppeln. Das ist wichtig, weil damit ein umfassender Einsatz zur Sicherung des Mittelmeers möglich sein wird. Dabei wird es darum gehen, ein maritimes Lagebild zu erstellen, Staaten beim Kapazitätsaufbau zu unterstützen und den Terrorismus zu bekämpfen. Ein strukturelles Element dieser Arbeiten ist immer wieder auch die Kooperation zwischen der NATO und der Europäischen Union, die übrigens bereits sehr gut bei den Aktivitäten in der Ägäis, zum Beispiel zusammen mit Frontex, stattfindet. Diese Kooperation ist uns als Bundesregierung grundsätzlich sehr wichtig.

Auch in dieser langen Passage geht Frau Merkel nicht auf die eigentlichen Ursachen der Massenflucht aus Kriegs- und Hungergebieten ein und tut so, als hätten die USA und die NATO damit und mit der Entstehung des IS überhaupt nichts zu tun (s. dazu auch http://www.luftpост-kl.de/luftpост-archiv/LP_13/LP18914_301114.pdf). Mit den geschilderten Maßnahmen wird nicht den Flüchtlingen geholfen, sie werden nur daran gehindert, sich in Sicherheit zu bringen. Durch Trainings- und Ausbildungsmaßnahmen oder Waffenlieferungen können Kämpfe nicht beendet, sondern nur verlängert werden.

Bei all diesen vielfältigen Bedrohungen aus dem Süden dürfen wir nicht die Proliferation ballistischer Waffensysteme übersehen. Ein Beispiel: In eindeutigem Widerspruch zu den einschlägigen Bestimmungen des UNO-Sicherheitsrates entwickelt der Iran sein Raketenprogramm unvermindert weiter. Es ist leider keineswegs so, dass dieses Raketenprogramm durch das historische Wiener Abkommen zur Kontrolle des iranischen Nuklearprogramms beendet worden wäre. Die Staats- und Regierungschefs werden in Warschau daher auch die sogenannte Erstbefähigung der NATO-Raketenabwehr erklären, also einen weiteren wichtigen Schritt gehen, mit dem die Menschen im Bündnisgebiet noch besser geschützt werden sollen.

Für uns ist äußerst wichtig – ich betone das deshalb hier auch ganz ausdrücklich –: Diese NATO-Raketenabwehr ist rein defensiv ausgerichtet. Sie ist nicht gegen Russland gerich-

tet. Sie beeinflusst auch nicht die strategische Balance zwischen der NATO und Russland. Die Bundesregierung wie auch das Bündnis haben nicht die Absicht, dies zu ändern. Unsere Hand zu Transparenz und Dialog auch über diese Maßnahmen des Bündnisses ist und bleibt ausgestreckt.

Ungerührt betet Frau Merkel sogar das Märchen der US-Regierung nach, der im Aufbau befindliche US-Raketenabwehrschild sei gegen den Iran gerichtet. Dass sich auf der U.S. Air Base Ramstein und in den Rhine Ordnance Barracks bei Kaiserslautern gleich zwei voneinander unabhängige Befehlszentralen für diesen Schild befinden, die im Falle eines Atomkrieges gegen Russland Primärziele für russische Atomraketen wären, erwähnt sie natürlich nicht (weitere Informationen dazu s. unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP03512_040212.pdf).

Beim Gipfel in Warschau werden wir darüber hinaus auch die bestehenden Einsätze bewerten und natürlich zukünftige Aufgaben benennen. Seit 2003 ist die NATO in Afghanistan engagiert, zunächst im Rahmen von ISAF und seit 2015 im Rahmen der Beratungsmission Resolute Support, an der sich derzeit 39 Nationen beteiligen. Zum einen werden wir beim Gipfel die Finanzierung der afghanischen Sicherheitskräfte bis 2020 festschreiben können. Das ist außerordentlich wichtig, um die afghanischen Streitkräfte weiter zu befähigen, Sicherheitsverantwortung zu übernehmen. Zum anderen wird die Allianz ihren Willen bekräftigen, die Mission Resolute Support auch über 2016 hinaus fortzusetzen. Der amerikanische Präsident hat gestern dazu eine wichtige Erklärung abgegeben, nämlich dass auch die amerikanischen Streitkräfte mit einem Kontingent von 8.400 Soldaten weiter beteiligt sein werden. Das ist für uns von großer Wichtigkeit. Wir wollen weiter in Afghanistan engagiert bleiben, um die Menschen dort zu beschützen.

Die Fortsetzung des unsinnigen Afghanistan-Einsatzes, der ausschließlich strategischen Interessen der USA dient, wird noch mehr deutsche Soldaten das Leben und die deutschen Steuerzahler noch mehr unnötig verschleuderte Millionen kosten, bis sich die Taliban endgültig durchgesetzt haben.

Die Nordatlantische Allianz wird in Warschau zudem das Ziel bekräftigen, dass die Bündnispartner zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsaufgaben vorhalten. Deutschland unterstützt dies schon seit vielen Jahren – ich will darauf noch einmal hinweisen, weil es ja auch aktuell wieder Diskussionen dazu gab –; das ist nicht auf diese Bundesregierung beschränkt. Deshalb haben wir im neuen Finanzplan, den das Bundeskabinett gestern beschlossen hat, eine signifikante Erhöhung von 37,1 Milliarden Euro im Jahr 2016 auf rund 39 Milliarden Euro im Jahr 2017 vorgesehen.

Dieser Finanzplan sieht darüber hinaus eine weitere Steigerung des Verteidigungshaushaltes vor; denn 2018 bis 2020 haben wir insgesamt mehr als 2,5 Milliarden Euro zusätzlich eingeplant. Damit ist der Ansatz zur Trendumkehr bei den Verteidigungsausgaben deutlich erkennbar, wenngleich natürlich bis zur Erreichung des Zwei-Prozent-Ziels noch viel zu tun bleibt.

Wenn Herr Schäuble auch bei künftigen Haushaltsplänen weiterhin auf seiner "schwarzen Null" beharrt, werden die vielen Milliarden für die Aufrüstung der Bundeswehr nur durch einschneidende Kürzungen bei den Sozialausgaben aufzubringen sein. Wäre es nicht langsam Zeit für einen gemeinsamen Sternmarsch der Gewerkschaften, der Sozialverbände und der Friedensbewegung auf Berlin, um Frau Merkel, ihrem Kabinett und unseren untätigen "Volksvertretern" im Bundestag unmissverständlich klar zu machen, dass wir nicht weiter ins Elend und dann in einen Krieg mit Russland und den Untergang getrieben werden wollen?

Die ganze Aufstellung der Bundeswehr spiegelt inzwischen die internationale Verantwortung Deutschlands wider. Deutschland stellt sich gemeinsam mit seinen Partnern und Verbündeten dieser Verantwortung und den immer neuen Aufgaben, und zwar stets in dem Bewusstsein, dass militärische Mittel allein keine nachhaltigen Lösungen ermöglichen können. Immer geht es um bündnispolitische Schritte und kluge Diplomatie zugleich. Genau deshalb engagiert sich die Bundesregierung neben den Einsätzen in NATO und EU auch beim OSZE-Vorsitz in diesem Jahr, in den Nuklearverhandlungen mit dem Iran, im Normandie-Format zur Ukraine oder in der Gruppe um den UNO-Sondergesandten de Mistura.

Die "internationale Verantwortung Deutschlands", das in zwei Weltkriegen große Schuld auf sich geladen hat, besteht darin, den Dritten und letzten Weltkrieg mit allen zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln zu verhindern. Dazu brauchen wir keine Generäle und Soldaten, sondern mutige Volksvertreter, Politiker und Diplomaten, die ihre Verantwortung erkennen und wahrnehmen.

Die Nordatlantische Allianz gemeinsam mit der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – sie sind der Bezugsrahmen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Die NATO schlägt dabei die Brücke über den Atlantik. Sie ist transatlantische Wertegemeinschaft von Europäern und Nordamerikanern. Lassen Sie mich, wenige Tage nachdem die Vereinigten Staaten von Amerika den 240. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit begangen haben, anfügen: Wir danken Amerika, dass es in vielen der Einsätze die Hauptlast bei der Bewältigung der Herausforderungen trägt – sei es in Afghanistan, sei es in Syrien –, in der NATO und weit darüber hinaus.

Die NATO vereint uns solidarisch in einem Bündnis mit Nachbarn, Partnern und einstigen Kriegsgegnern. Die Beschlüsse von Warschau sollen dazu dienen, die weiteren großen Herausforderungen zum Wohle der Menschen zu meistern.

Lassen Sie mich abschließend ein herzliches Dankeschön an unsere Soldatinnen und Soldaten richten, die in vielen dieser Einsätze ihren Dienst tun und damit unsere Sicherheit gewährleisten.

Zum Schluss läuft Frau Merkel mit einem totalen Kotau vor den Imperialisten in den USA zur Höchstform auf. Sie dankt Washington sogar für das Chaos und das Elend, das US-Regierungen in völkerrechtswidrigen Angriffskriegen – unterstützt von der Bundeswehr – nicht nur in Afghanistan und in Syrien angerichtet haben.

Die "transatlantische Wertegemeinschaft" NATO ist endgültig zu einem Werkzeug des US-Imperialismus verkommen, der in seinen unersättlichen Streben nach Weltherrschaft noch nicht einmal davor zurückschreckt, Europa oder sogar unseren Planeten Erde in einem finalen Atomkrieg verflühen zu lassen.

Wir älteren Deutschen wissen noch, was ein totaler Krieg ist. Lasst uns gemeinsam mit den Jüngeren, die ihr Leben noch vor sich haben, einen weiteren finalen Krieg verhindern. Das geht nur, wenn es uns gelingt, die Abgeordneten des 2017 zu wählenden Bundestages zu zwei Entscheidungen zu bewegen: Die Bundesrepublik Deutschland muss den Stationierungsvertrag kündigen, damit alle Truppen der USA und der NATO aus unseren Land abziehen, und aus der NATO austreten (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP08516_050716.pdf). Unter dieser US-hörigen Bundeskanzlerin Angela Merkel wird das allerdings nicht möglich sein.